

Inhalt

1-7	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Kabinettsbeschluss für gleichwertige Lebensverhältnisse • Abschlussbericht der Baulandkommission • Kommunale Spitzenverbände veröffentlichen aktuelle Finanzdaten • Die Bedrohung von Amtsträgern – Gespräch beim Bundespräsidenten
8-10	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Innenstadtentwicklung in Dortmund Von Ludger Wilde
12	Aus den Städten
12	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Städtetag zum Kabinettsbeschluss für gleichwertige Lebensverhältnisse

Zum Kabinettsbeschluss des Bundes zu Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung am 10. Juli 2019: „Das Konzept der Bundesregierung für gleichwertige Lebensverhältnisse wird sicher keine Wunder bewirken. Was jetzt auf dem Tisch liegt, kann aber strukturschwachen Kommunen helfen. Es enthält einige gute Ansätze, damit strukturschwache Städte und Regionen besser aufholen können. Wir erwarten zügig Gespräche, damit offene Fragen geklärt werden. Dazu gehört auch, dass der Bund sagt, welche Finanzmittel er zusätzlich bereitstellen wird.“

Die Umsetzung sollte noch in dieser Legislaturperiode starten. Denn die Zukunftschancen der Menschen dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region jemand lebt. Und die Städte müssen überall im Land handlungsfähig sein. Dass ein gesamtdeutsches Fördersystem für Ost und West, Nord und Süd, für Städte und ländliche Regionen kommen soll, ist richtig. Das haben wir als Städtetag lange gefordert. Hierfür werden Bundesprogramme zusammengefasst und die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur weiterentwickelt.

Durch die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur sollen sich Unternehmen leichter ansiedeln und die Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen gestärkt werden. So sollen beispielsweise der Tourismus gefördert, in innovative Gewerbehöfe und interkommunale Gewerbegebiete investiert sowie Industriebranchen revitalisiert und die Forschung unterstützt werden. Allerdings wird bisher keinerlei Aussage getroffen, was der Bund hier finanziell zusätzlich leisten will. Das Fördersystem wird nur dann neue Wirkung entfalten, wenn die Gelder dafür deutlich aufgestockt werden. Nötig ist das besonders für die wirtschaftsnahere kommunale Infrastruktur.

Hoffnungsschimmer bei kommunalen Altschulden

Ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich beim Thema kommunale Altschulden ab. Das Problem der Altschulden ist für die betroffenen Städte sehr gravierend, weil es ihren Handlungsspielraum für die Bürgerinnen und Bürger enorm einschränkt. Die kommunalen Kassenkredite belaufen sich auf 48 Milliarden Euro.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Deshalb ist es gut, wenn sich der Bund prinzipiell bereit erklärt, an einer Lösung dieses Problems finanziell mitzuwirken. Und es ist ein Fortschritt, wenn die Bundesregierung in dem geplanten Kabinettsbeschluss anerkennt, dass die von Altschulden betroffenen Kommunen absehbar ihre finanzielle Situation nicht aus eigener Kraft dauerhaft verbessern können, trotz aller Anstrengungen der betroffenen Länder. Allerdings lässt das Papier der Regierung mehrere Fragen offen: Der Bund knüpft mögliche Hilfe bei Zins- und Tilgungslasten der Kommunen an Bedingungen, vor allem an einen nationalen Konsens. Ob und wie ein solcher Konsens erreicht werden kann, muss daher intensiv besprochen werden.

Dabei wird der Bund seine Überlegungen konkretisieren müssen: Denn welcher Beitrag in einem solchen nationalen Konsens auf Bund, Länder und Kommunen entfallen sollte und wie Art und Umfang der Bundeshilfen aussehen könnten, ist bisher nicht erkennbar. Die im Kabinettsbeschluss angekündigten Gespräche mit Bundestag, Ländern, betroffenen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden müssen hier schnell Klarheit bringen.

Die Ursachen der hohen kommunalen Kassenkredite müssen in der Tat angegangen werden. Dazu zählt vor allem die hohe Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben. Der Deutsche Städtetag ist sich daher mit allen Ländern einig, dass der Bund wirksam helfen kann, wenn er sich stärker an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose beteiligt. Diesen Vorschlag werden wir unabhängig von möglicher Hilfe des Bundes bei Zins- und Tilgungslasten der Kommunen in die Gespräche einbringen.

Kritik am Verfahren

Ursprünglich sollte es einen gemeinsamen Bericht der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse geben. Der Bund hat diesen Plan eigenmächtig geändert und Länder und kommunale Spitzenverbände damit vor vollendete Tatsachen gestellt. Nachdem der Bund jetzt Position bezogen hat, erwarten wir, dass er die Kommunen jetzt wieder angemessen einbezieht und hoffen sehr, dass die offenen Fragen bald geklärt werden können.“

Appell im Vorfeld

Im Vorfeld der Entscheidungen des Bundeskabinetts für gleichwertige Lebensverhältnisse hatte Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung am 5. Juni 2019 gegenüber der Funke-Mediengruppe deutlich gemacht, dass Bund und Ländern bei den Schlussfolgerungen aus der bisherigen Arbeit der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse dringend Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden einbeziehen müssten.

„Es gibt zu viele Städte in Deutschland, die fast keinen Handlungsspielraum mehr haben. Sie ächzen unter hohen Altschulden und das wirkt sich natürlich leider darauf aus, was sie ihren Bürgerinnen und Bürgern anbieten können.

Sichtbar wird das zum Beispiel beim Sanierungsstau bei Schulen, Schwimmbädern oder Straßen. Die Bundesregierung will gleichwertige Lebensverhältnisse fördern.

Wir appellieren dringend an die Bundesregierung, dabei auch ein Zeichen für die von Altschulden geplagten Städte zu setzen. In der Arbeitsgruppe Altschulden der Gleichwertigkeitskommission gab es leider keine Einigung, was zu tun ist. Umso mehr rufen wir als Städte dem Bund zu, sich einen Ruck zu geben und an einer Lösung des Altschuldenproblems finanziell mitzuwirken.

Den Zusammenhang zwischen hohen Kassenkrediten und hohen Sozialausgaben erkennen inzwischen auch Bund und Länder an. Und sie haben diese Sozialleistungen zum großen Teil beschlossen. Deshalb muss auch der Bund einen Beitrag leisten, um das Altschuldenproblem zu lösen: Wir brauchen eine große gemeinsame Kraftanstrengung des Bundes, der jeweiligen Länder und der betroffenen Kommunen.

Es gibt einen guten Weg, über den der Bund helfen kann: Wenn er seine finanzielle Beteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose erhöht, entlastet er die Kommunen von Sozialausgaben und versetzt sie in die Lage, ihre Altschulden zu verringern.“

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter unter  [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag).

Abschlussbericht der „Expertenkommission nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“

In Berlin fand am 2. Juli 2019 die letzte Sitzung der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat einberufenen „Expertenkommission nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (sogenannte „Baulandkommission“) statt, in der auch der Deutsche Städtetag intensiv mitgearbeitet hat. Die Sitzung endete mit der Verabschiedung von Empfehlungen an den Bundesgesetzgeber, aber auch an Länder und Kommunen, welche Maßnahmen aus Sicht der Experten zu ergreifen sind, um Bauland schneller bereitstellen zu können und mehr bezahlbaren Wohnungsbau zu schaffen. Zum Abschlussbericht und den Empfehlungen der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat einberufenen „Expertenkommission nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ erklärt die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert:

„Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, steht ganz oben auf der Agenda der deutschen Städte. Dazu können die Empfehlungen der Baulandkommission einen Beitrag leisten. Handlungsdruck besteht, weil in vielen Städten ein Grunderwerb durch die Kommune nahezu unmöglich geworden ist. Die Städte brauchen dringend mehr Bauland, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Fortschritte konnten in der Kommission beispielsweise bei den Themen Baugebot und Vorkaufsrecht der Kommunen erreicht werden. Die Städte begrüßen außerdem, dass Bund und Länder im Abschlussbericht eine stärkere Gemeinwohlorientierung des Eigentums an Grund und Boden ausdrücklich anerkannt haben. Das Gemeinwohlinteresse in der Bodenpolitik stärker zu verankern, war eine zentrale Forderung der Städte in der Kommission. Dieser Grundsatz sollte sich nun auch zügig in der Politik von Bund und Ländern niederschlagen.“

Der Zugang zu Grund und Boden bildet das Fundament für eine langfristig tragfähige und soziale Wohnungspolitik. Um den Bau von mehr bezahlbaren Wohnungen anzukurbeln, regt der Abschlussbericht unter anderem einzelne Änderungen im Baugesetzbuch an. Beispielsweise empfiehlt die Kommission, den Kommunen die Anwendung des Baugebots zu erleichtern, um zielgerichtet Baulücken schließen zu können. Das ist wichtig, denn die Städte müssen leichter und mit größeren Erfolgchancen Eigentümer

von baureifen Grundstücken, die über längere Zeit brach liegen, zum Bauen auffordern können. Es darf nicht nur darum gehen, Flächen zu Höchstpreisen zu verkaufen. Jetzt kommt es darauf an, wie die Gesetzesänderung umgesetzt werden soll, damit Baugebote tatsächlich stärker wirksam werden können. Konkret wünschen wir uns dazu, dass Städte solche Baugebote gleich für ein bestimmtes Gebiet festlegen könnten, in dem ein Wohnraumangel besteht. Das würde helfen, den Wohnungsbau zu beschleunigen. Dafür sollte der Bund im Baugesetzbuch die Voraussetzungen schaffen.

Die Kommission empfiehlt außerdem, das Vorkaufsrecht der Kommunen weiterzuentwickeln. Die Kommunen sollen ihr Vorkaufsrecht länger ausüben können und zwar drei Monate statt bisher zwei. Außerdem sollen Städte mit angespannten Wohnungsmärkten im gesamten Gemeindegebiet ihr Vorkaufsrecht auf brachgefallene oder unbebaute Grundstücke ausüben dürfen. Beides kann helfen, Städte wieder in die Lage zu versetzen, aktiv Grundstücke erwerben und erschließen zu können. Als Eigentümerin von Grundstücken kann die Kommune besser steuern als nur mit planungsrechtlichen Instrumenten. Wichtig ist, das Vorkaufsrecht jetzt so zu gestalten, dass den Städten eine aktive Bodenvorratspolitik ermöglicht wird.

Positiv sind auch die Vorschläge für eine Aus- und Fortbildungsoffensive von Bund und Ländern, um die dringend notwendigen Personalkapazitäten in Planungsämtern auf allen föderalen Ebenen auszubauen. Konkret empfiehlt die Kommission eine Ausbildungsoffensive für technische Referendariate.

Um mehr Bauflächen für den Wohnungsbau nutzbar zu machen, hat sich der Deutsche Städtetag dafür eingesetzt, bei Wohnbebauung in der Nähe von Gewerbebetrieben auch passive Schallschutzmaßnahmen gegen Gewerbelärm nutzen zu können, etwa durch Schallschutzfenster. Nach dem Vorschlag des Umweltministeriums, den die Kommission aufgegriffen hat, soll es nun zunächst eine Experimentierklausel geben. Das muss zügig angegangen werden, um die Durchmischung von Wohnen und Gewerbe zu erleichtern, ergänzt wird damit die bereits heute bestehende Möglichkeit, „urbane Gebiete“ auszuweisen.“

Kommunale Spitzenverbände veröffentlichen aktuelle Finanzdaten – Prognose für die Jahre 2019 bis 2022

Die kommunalen Spitzenverbände freuen sich über die weiterhin gute wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Trotz abgeschwächter Wachstumsaussichten stehen die kommunalen Haushalte im Durchschnitt derzeit noch gut da. Die aktuelle Situation und die noch eher positiven Aussichten sind allerdings entscheidend abhängig von einer weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung. Diese ist nicht garantiert. Deshalb dürfen die Risiken etwa beim Welthandel oder der künftigen Zinsentwicklung nicht übersehen werden. Gerade angesichts der aktuellen Überschüsse muss betont werden: Krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunalfinanzen noch lange nicht. Es besteht weiterhin ein hoher Investitionsstau. Das machten die kommunalen Spitzenverbände am 24. Juli 2019 anlässlich der Veröffentlichung ihrer neuen Prognose- und Finanzdaten zur kommunalen Finanzlage für die Jahre 2019 bis 2022 deutlich.

Die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Helmut Dedy (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) sagten: „Mittlerweile spiegelt sich die gute wirtschaftliche Lage auch in wachsenden kommunalen Investitionen wider. Gerade an den Orten, wo kommunale Infrastruktur endlich wieder instandgesetzt und aufgewertet werden kann, wird für alle sichtbar, wie wichtig eine solide kommunale Finanzausstattung ist. Eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen war in der Vergangenheit die Ausnahme. Jetzt muss es darum gehen, dass sie zur Regel wird. Deshalb müssen Schuldenabbau und Investitionen ab sofort Vorrang haben gegenüber neuen dauerhaften Aufgaben, die Bund und Länder ohne ausreichende Finanzierung den Kommunen aufbürden. Außerdem muss bewusster werden, dass ein scharfer wirtschaftlicher Abschwung jederzeit und ohne lange Vorwarnung eintreten kann.“

Die in der Prognose der kommunalen Spitzenverbände verwendeten Durchschnittszahlen sind Werte für die Gesamtheit der Kommunen. Die Prognose basiert – wie auch die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern – auf der Annahme einer weiterhin guten und gleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung. Im Ergebnis rechnet die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für das laufende Jahr mit einem Überschuss

in Höhe von 5,6 Milliarden Euro. In den Folgejahren sind deutlich abnehmende Finanzierungsüberschüsse zu erwarten, zu einem großen Teil stehen dem allerdings steigende Investitionen gegenüber.

„Trotz insgesamt positiver Entwicklung der Kommunalfinanzen sind die Unterschiede von Kommune zu Kommune immer noch sehr groß“, betonten Dedy, Henneke und Landsberg. „Mit der Arbeit der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ wurde nochmals deutlicher, wie unterschiedlich die Chancen und Voraussetzungen in den einzelnen deutschen Kommunen sind. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Herausforderungen, vor denen die einzelnen Städte, Kreise und Gemeinden stehen. Wir fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, sich mit allen Beteiligten auf passgenaue Lösungen zu verständigen und auch ihren finanziellen Beitrag bereitzustellen. Vorschläge liegen auf dem Tisch.“

Bei den Sozialausgaben erwarten die Kommunen für den gesamten Prognosezeitraum weiterhin deutliche Zuwächse. Der unterdurchschnittliche Anstieg der Sozialausgaben im vergangenen Jahr ergab sich als Reaktion auf die Spitzenbelastung im Jahr 2016 durch die Flüchtlingskosten – im Mehrjahresvergleich ist aber trotz dieses Rückgangs eine deutliche Niveauverschiebung festzustellen. Auch sind die Steigerungsraten der Sozialausgaben über den gesamten Prognosezeitraum hinweg größer als die Wachstumsraten der Einnahmen. Deshalb stellten Dedy, Henneke und Landsberg klar: „Die Beteiligung des Bundes an der Flüchtlingsfinanzierung wurde nur befristet fortgeschrieben. Und nach wie vor engagiert sich der Bund nicht bei der Finanzierung der Geduldeten. Die Kommunen benötigen eine planbare und auskömmliche Finanzierung.“

Im Rahmen der Prognose wird von abnehmenden Finanzierungsüberschüssen und ansteigenden kommunalen Investitionen ausgegangen. „Der Anstieg der Investitionen ist erfreulich. Die Kommunen können dennoch bislang nicht in dem Ausmaß investieren, wie es der Investitionsrückstand fordert und die Finanzlage letztlich zulassen würde. Wir hoffen, dass sich die verschiedenen Investitionshemmnisse in den kommenden Jahren etwas auflösen und die Kommunen zumindest die dringendsten Investitionen umsetzen können“, so Dedy, Henneke und Landsberg.



„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK

Wir fördern Ideen

Die Bedrohung von Amtsträgern – Gespräch beim Bundespräsidenten

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Juli Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik, des Deutschen Städtetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im Schloss Bellevue empfangen, um mit ihnen über das Thema „Bedrohung von politisch Verantwortlichen“ zu sprechen. Er wollte sich dabei aus erster Hand über konkrete Erfahrungen informieren lassen und gleichzeitig den Kommunalpolitikern den Rücken stärken. Insgesamt 15 Gäste aus sieben Bundesländern waren der Einladung gefolgt, darunter 13 (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister. Sie alle konnten entweder aus eigener Erfahrung über Bedrohungen berichten oder aber von Ereignissen aus ihrem Umfeld.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (1. Reihe, M.) mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) am Rande eines Gespräches über die Bedrohung von politisch Verantwortlichen im Schloss Bellevue.
Foto: Bundesregierung / Henning Schacht

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, dankte dem Bundespräsidenten für die Einladung und begrüßte seine klaren Worte, mit denen er Gewalt und Drohungen gegen Amts- und Mandatsträger, aber auch gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung verurteilte. Bereits bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages Anfang Juni in Dortmund hatte der Bundespräsident dieses Thema angesprochen und deutlich gemacht, unsere Demokratie brauche „engagierte Bürgerinnen und Bürger – nicht nur am Wahltag. Sie braucht Engagierte in kommunalen Ämtern, in Parlamenten und Ausschüssen.“

Diesen Menschen gebühre Anerkennung statt täglicher Besserwisserei und Beschimpfung.

Städtetagspräsident Burkhard Jung hat kürzlich in Interviews zu dem Thema Stellung genommen – unter anderem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) im Gespräch mit Stefan Locke:

FAZ: Herr Jung, nach dem mutmaßlichen Mord von Rechtsextremen an Walter Lübcke wird über Angriffe auf Politiker diskutiert. Leben Politiker heute gefährlicher als vor zehn, 15 Jahren?

Jung: Die Wende war eindeutig 2015. Infolge der Diskussion um Flüchtlinge und Asyl hat es eine unglaubliche Zunahme an Beleidigungen und Verleumdungen gerade auch gegen Kommunalpolitiker gegeben, bis hin zu Morddrohungen und Gewalt. Das läuft über die Kommentarfunktionen der örtlichen Zeitungen, über Facebook, Twitter, über Anrufe, E-Mails und Briefe, meist ohne Absender. Gerade in kleinen Städten und Gemeinden ist es besonders bedenklich, weil dort die Öffentlichkeit weiß, wo der Bürgermeister wohnt, die Frau arbeitet und die Kinder zur Schule gehen. Dieses Wissen wird auch schamlos im Internet verbreitet, Politiker werden an den Pranger gestellt und ihre Familien bedroht. Das sind keine Einzelfälle, das geschieht fast flächendeckend in Deutschland, und in der Mehrzahl der Fälle kommen die Täter aus dem rechtsradikalen Spektrum.

FAZ: Die Öffentlichkeit nimmt das meist dann wahr, wenn es zu Gewalttaten kommt wie gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker oder den Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, die durch Messerangriffe schwer verletzt wurden.

Jung: Ja, wir haben uns als Politikerinnen und Politiker leider schon zu sehr an verbale Angriffe gewöhnt. Viele von uns glauben, sie müssten im Amt eben ein dickes Fell haben oder sie haben Sorgen, die Sache noch schlimmer zu machen, wenn sie damit an die Öffentlichkeit gehen. Ich kann solche Bedenken verstehen. Klar ist für mich aber: Wir dürfen solche Taten nicht tabuisieren. Ich finde, wir brauchen endlich eine gesellschaftliche Debatte über Anstand, Mindeststandards unseres Zusammenlebens und darüber, was Drohungen und eine verrohte Sprache letztlich

anrichten können. Der Mord oder vielmehr die Hinrichtung von Walter Lübcke muss auch Anlass sein, darüber bundesweit zu diskutieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass Leute, die sich für das Gemeinwesen einsetzen, menschenunwürdig behandelt und in einem schlimmen Jargon verhöhnt werden. Es beginnt mit Worten, und auf Worte folgen Taten.

FAZ: Welche Angriffe haben Sie persönlich erlebt?

Jung: Eine Vielzahl an E-Mails und Postkarten mit Drohungen und Beleidigungen. Nur mal ein Beispiel aus einem Brief, den ich gestern erhalten habe: „Am Galgen wollen wir Euch sehen, dreckiges, stinkendes, niederträchtiges Verräterpack!“ Oder der Baucontainer, auf dem mein Name gesprüht war mit einem Galgen daneben. Es gibt eine solche Flut an diesem Zeug, das schon fast ein Gewöhnungsprozess einsetzt. Aber nein, ich will mich daran nicht gewöhnen.

FAZ: Wie gehen Sie damit um?

Jung: Ich bringe konsequent alles zur Anzeige, von dem ich glaube, dass es Straftatbestände erfüllt. Leider zu oft ohne Erfolg. Die meisten dieser Schreiben sind anonymisiert, die Verfasser nur schwer oder gar nicht zu verfolgen. Ich will aber keine Gerichtsschelte betreiben, sondern ich finde, wir haben uns alle schon zu sehr an Respektlosigkeiten gewöhnt. Wir alle brauchen eine klare Haltung, die Respekt im Umgang und in der Sprache propagiert. Auch im Netz muss Leuten, die sich im Ton vergreifen, entschieden widersprochen werden.

FAZ: Sie sagten neulich, dass Ihnen die Justiz bisweilen sehr nachsichtig ist bei der Ahndung solcher Taten. Wie ließe sich das ändern, durch schärfere Gesetze?

Jung: Da bin ich zurückhaltend und müssen wir genau hinschauen. Die Gesetze müssen vor allem konsequent angewendet werden. Wenn wir zudem einen Katalog mit klaren Kriterien für Beleidigungen und Verleumdungen hätten, könnte das die Strafverfolgung erleichtern. Das würde dann womöglich manchen stärker zur Einsicht bringen. Ich vermisse hier eine klarere Haltung des Staates. Wir sind als Politikerinnen und Politiker ja nicht die einzigen, die der Hass trifft. Auch Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Polizisten und Bedienstete in unseren Behörden erleben so etwas viel zu häufig. Das ist kaum noch zu ertragen.

FAZ: Werden Ihnen Beleidigungen und Drohungen auch ins Gesicht gesagt?

Jung: Von Angesicht zu Angesicht kommt das ganz selten vor. Da ist dann entweder Feigheit oder doch noch eine Hemmschwelle oder Achtung vor dem Amt da. Hinter dem Rücken wird ganz anders geredet und in aufgeheizter Stimmung sowieso, etwa bei Bürgerversammlungen zu Themen wie Asyl oder dem Bau einer Moschee.

FAZ: Bewegen Sie sich heute in der Öffentlichkeit anders als vor der Hasswelle?

Jung: Wir alle schauen uns heute, glaube ich, zwei Mal mehr um. Man denkt dabei an Familie, Frau und Kinder. Aber Personenschutz, den auch ich zeitweilig hatte, ist doch nicht die Lösung.

FAZ: Geben die Brief- und E-Mail-Schreiber Gründe an für ihren Hass?

Anfangs war es eindeutig die Flüchtlingskrise. Da war etwas, das lange unter der Oberfläche schlummerte und auf einmal wie ein Vulkan ausbrach. Da wurden auf einmal Sehnsüchte deutlich nach einer weniger komplizierten Welt und Ängste vor Überfremdung. Das alles mischt sich heute mit Korruptionsvorwürfen, Demokratieskepsis, tatsächlichen und gefühlten Ungerechtigkeiten. Neulich schrieb mir eine Bürgerin einen zehn Seiten langen Brief mit einer Auflistung aller Nachwendebauten in der Stadt, die ihrer Meinung nach falsch sind. Viele Leute erwarten Führung, lehnen diese aber sofort ab, wenn sie nicht den eigenen Vorstellungen entspricht. In der Summe gibt es häufig eine Furcht vor Globalisierung und Digitalisierung, also Dingen, die viele nicht mehr überblicken und die ihnen Angst machen.

FAZ: Bekommen Sie und Ihre Amtskollegen eigentlich neben all dem Hass auch mal Zuspruch?

Jung: Ja natürlich, aber eher im Verhältnis eins zu fünf. Andererseits sind Leute auch dankbar für klare Worte. Als ich neulich gesagt habe, dass ich einen Nazi immer einen Nazi nennen werde, gab es je zur Hälfte positive und negative Reaktionen.

Mit Burkhard Jung sprach Stefan Locke.

Nachdruck des Artikels „Wir alle schauen uns heute zweimal um“ aus der FAZ vom 21.6.2019 von Stefan Locke. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

Innenstadtentwicklung in Dortmund – Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung

Von Ludger Wilde

Die City als zentraler Ort war und ist das Herz der Stadt und stets mit positiven Merkmalen als Ort der Kooperation von Wirtschaft, Politik, Kultur und Bürgerschaft verbunden. Dortmund als Oberzentrum bietet eine konzentrierte Erlebniswelt aus einem Mix von Einkaufen, Arbeiten, Lernen, Erleben, Begegnen, Erholen und Genießen. Die Ausgestaltung dieses Mixes ist wesentlicher Faktor für die Identität unserer Stadt. Wir stellen uns den sich wandelnden Determinanten mit den Fragestellungen, was es zu bewahren gilt und was verändert und verbessert werden muss – gerade vor dem Hintergrund sich schnell wandelnder Entwicklungen, die oft nur begrenzt prognostizierbar sind.

Passantenbefragungen ergaben, dass die Menschen verstärkt online einkaufen. Dennoch ist das „Einkaufen gehen“ immer noch der Hauptgrund für den Besuch in der Dortmunder City, wird aber oft kombiniert mit Freizeitaktivitäten in den Bereichen Kunst, Kultur, Gastronomie und Events. So verliert die traditionelle funktionale Bedeutung der City als Einzelhandelsstandort, Einzelhandel und ihre Sortimente ändern sich, Dienstleistungsbetriebe sind auf dem Rückzug. Die Stärken ergeben sich daraus, den strukturellen Wandel und die Schwächen des nicht aufhaltbaren Internethandels zu identifizieren und Angebote zu schaffen, die das Internet nicht leisten kann.

Die Stadt Dortmund setzt seit Jahren auf städtebauliche, konzeptionelle und partizipative Handlungsstrategien. Die Aufwertung des öffentlichen Raums und die städtebaulich attraktive Gestaltung der Stadträume insgesamt waren ein wesentliches Aktivitätsfeld und wichtiger Impulsgeber in den vergangenen Jahren. Mit dem Boulevard Kampstraße wird ein neuer attraktiver Stadtraum von Ost nach West entwickelt. Durch die Errichtung des Konzerthauses, des Dortmunder U und des Deutschen Fußballmuseums wurden bedeutende Besuchermagneten geschaffen und neue Impulse auch im direkten Umfeld gesetzt. Events und Festivals zu unterschiedlichen Themen, Großveranstaltungen wie dem evangelischen Kirchentag 2019 bis zu den regelmäßig stattfindenden Wochenmärkten stärken

die City als Ort des Austausches, der Kommunikation und Begegnung. Die konsequente Ausweitung des Gastronomieangebotes, auch in der Außengastronomie hat auf die geänderte Erwartungshaltung an die City in Dortmund richtig geantwortet.

Mit der Minderung von Einzelhandelsflächen wird die Chance einer anderen Nutzungsvielfalt durch die Errichtung von Wohnungen gestärkt (z. B. Projekt Base-Camp auf der Fläche des zentral gelegenen ehemaligen Karstadt-Technikhauses). Auch wird und wurde die Entwicklung von citynahen Wohngebieten mit hoher Qualität für Menschen mit urbanen Lebensbedürfnissen deutlich vorangetrieben. Und das Angebot an Lernorten unterschiedlichster Ausrichtung wie z. B. Neubauten und Modernisierungen von Berufskollegs und anderen Ausbildungsstätten führt zur Belebung.

Als städtebauliches und funktionales Leitbild sowie übergeordnete Handlungsstrategie für die City-Projekte dient das Konzept zur Entwicklung der City von Dortmund „City 2030“. Es setzt den deutlichen



Der Alte Markt bildet das historische Zentrum der Stadt Dortmund. Um den Markt gruppierten sich im Mittelalter die historischen Zunft- und Gildenhäuser der Dortmunder Hansekaufleute. Bis heute findet sich hier das Stammhaus der Privatbrauerei Dortmunder Kronen sowie die Adler Apotheke. Die Reinoldikirche am Westenhellweg in der Dortmunder Innenstadt ist die evangelische Hauptpfarrkirche Dortmunds.

Foto: Stefan Ziese



„Elektromobilität ist ein wichtiges Wachstumsthema, das Stadtwerke jetzt besetzen sollten. Um am Markt für E-Mobility teilzunehmen, müssen für die Kunden spezifische Produkte entwickelt werden. Das bedeutet mehr Absatz im Kerngeschäft und bindet neue Kunden bei innovativen Themen wie Carsharing. Die Thüga unterstützt ihre Partner mit einem breiten Angebot, das das gesamte Feld der Elektromobilität abdeckt.“

**Dr. Thorsten Gliniars, Vertrieb/
Marketing Thüga Aktiengesellschaft**



Wie gewinnen Sie das E-Mobility-
Rennen in Ihrer Region?

Gemeinsam mit einem
effizienten Team.



Erfahren Sie mehr über die Leistungen und Projekte der Thüga
und ihrer rund 100 Partnerunternehmen im Bereich Elektromobilität.
Besuchen Sie uns auf: www.thuega.de



und verlässlichen Rahmen für private und öffentliche Investitionen und zeigt Kooperationsmöglichkeiten auf. Es wurde erstmalig 1988 erarbeitet und in den Jahren 1999 und 2014 fortgeschrieben und fußt deutlich auf zwei Säulen: den klassischen Planungs- und Förderinstrumenten und den informellen Umsetzungsprozessen.

Stadtweit betrachtet bildet der Masterplan Einzelhandel als Einzelhandels- und Zentrenkonzept einen wichtigen Baustein. Schutz und Stärkung der City sind seine wesentliche Ziele. Durch eine konsequente Steuerung des Einzelhandels soll eine Konzentration von Einzelhandelsvorhaben in die Zentren statt auf die grüne/graue Wiese erfolgen. Begleitet wird der Masterplan Einzelhandel durch den Konsultationskreis Einzelhandel. Ein Expertengremium, vom Rat der Stadt Dortmund ausdrücklich unterstützt, mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer, des Einzelhandelsverbandes, der Gewerkschaft verdi, der Wirtschaftsförderung Dortmund und dem Stadtplanungs- und Bauordnungsamt. Der Konsultationskreis Einzelhandel berät regelmäßig Einzelhandelsvorhaben im Dortmunder Stadtgebiet und gibt Empfehlungen im Sinne des Masterplans Einzelhandel an die Dortmunder Planungsverwaltung und die politischen Gremien.

Auf regionaler Ebene gibt es seit 20 Jahren einen Zusammenschluss von mittlerweile 26 Kommunen rund um Dortmund, die sich zur interkommunalen Zusammenarbeit verpflichtet haben. Die erarbeiteten Regeln zur regionalen Abstimmung und Steuerung von Einzelhandelsvorhaben sind von den Räten der beteiligten Kommunen beschlossen. Die jahrelange konstruktive Zusammenarbeit hat auch dazu beigetragen, dass die Innenstädte in der Region die aktuellen Herausforderungen gestaltend annehmen.

Als Beispiel für Vor-Ort-Kooperationen und Zusammenschlüsse kann die „Qualitätsroute Dortmund“ vorbildhaft genannt werden. Sie ist ein Zusammenschluss inhabergeführter Geschäfte mit dem Ziel „Qualität + Freundlichkeit, Mehrwert für den Kunden“ www.qualitaetsroute-dortmund.de.

Wie viele andere Städte ist auch die Stadt Dortmund durch sich ändernde Verhaltensweisen der „Kunden“ gefordert, Handlungsoptionen vor Ort zu konkretisieren und im Akteursverbund gefundene Lösungen



Großveranstaltung Kirchentag in Dortmund.
Foto: Roland Gorecki

umzusetzen. So entwickeln wir u. a. vorhandene Kooperationsstrukturen fort und sind offen für neue Vernetzungen, um neue Themen und Handlungsfelder aufzunehmen und zu gestalten. Wir greifen neue verkehrliche und städtebauliche Herausforderungen auf wie z. B. die Teilnahme am Programm „Emissionsfreie Innenstadt“ oder die Thematik urbane Logistik und Organisation der Lieferverkehre. Der Masterplan „Plätze in der Innenstadt“ untersucht die zahlreichen Plätze in ihrer Charakteristik und Qualität sowie ihren Nutzungszusammenhängen und erstellt ein Handlungskonzept. Wir stellen uns neuen Geschäftsmodellen und Betriebsformen im Einzelhandel und unterstützen die Weiterentwicklung bestehender Handelsstrukturen durch Schaffung der Umsetzungsvoraussetzungen, wir stehen in Kontakt mit Immobilieneigentümern, die sich einer veränderten Mietpreispolitik und Anforderungen der Multifunktionalität ihrer Immobilien stellen müssen.

Mit dem diesjährigen Urban Offline Forum am 4. und 5. September 2019 in Dortmund wird die Diskussion über Handlungsstrategien für die Attraktivität der Innenstädte in Dortmund fortgesetzt. Ich freue mich auf die interdisziplinäre Austauschplattform. Spannende Themenfelder lassen einen anregenden praxisorientierten Diskurs erwarten, der Erfahrungsaustausch über vielerlei Beispiele wird erkenntnisgewinnend sein, damit wir gut aufgestellt die Zukunft gestalten.

Ludger Wilde
Dezernent für Umwelt, Planen und Wohnen
der Stadt Dortmund

Zum 1.3.2020 suchen wir wegen der Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers einen neuen Vorstand (m/w/d) für die KGSt.



Die Position wird nach Besoldungsgruppe **B 9 (NRW)** vergütet.

Was wir erwarten:

- Sie sind eine fachlich und menschlich überzeugende Persönlichkeit.
- Sie verfügen über ein abgeschlossenes, einschlägiges wissenschaftliches Hochschulstudium oder die Befähigung zum Richteramt oder über einen Fachhochschul- / Bachelorabschluss öffentliche Verwaltung bei exzellenten Fachkenntnissen und die Fähigkeit, wissenschaftlich zu arbeiten.
- Sie weisen eine starke Affinität zum zentralen Thema digitale Transformation der Kommunen auf und stehen persönlich für ein sehr gutes fachliches und intellektuelles Niveau in der KGSt-Arbeit.
- Sie haben langjährige kommunalerfahrung in leitender Position und verfügen über eine hohe Motivation, kommunale Aufgaben mitzugestalten.
- Sie sind authentisch, geradlinig, kommunikativ, kontaktfreudig und verbindlich.
- Sie denken und handeln unternehmerisch und verfügen über eine hohe Managementkompetenz sowohl für unseren kommunalen Fachverband selbst als auch für die Unterstützung unserer Mitglieder.
- Flexibilität im Hinblick auf unterschiedlichste Fachthemen, Gesprächspartner und Einsatzorte zeichnet Sie aus.
- Ihre Führungskompetenz befähigt Sie dazu, die sehr kreativen, fachlich fähigen und individuellen Persönlichkeiten in der KGSt als erfolgreiches Team mit der notwendigen Mischung aus Verständnis für individuelle Belange und Konsequenz in der Durchsetzung der Gesamtstrategie der KGSt zu führen.
- Ihr Dienstsitz ist Köln.
- Sie bringen die Bereitschaft zu Dienstreisen innerhalb unseres Verbandsgebietes mit.

Was wir bieten:

- Neben der Vergütung nach Besoldungsgruppe B 9 (NRW) eine monatliche Aufwandsentschädigung und einen Dienstwagen, den Sie im Rahmen der steuerlichen Regelungen auch privat nutzen können.
- Eine außerordentlich vielfältige und interessante Tätigkeit mit einem sehr engagierten und fähigen Team. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gremien der KGSt, die von der gemeinsamen Zielsetzung einer erfolgreichen Arbeit der KGSt getragen wird.
- Einen sehr großen Gestaltungsspielraum für Ihre eigene und die Arbeit des KGSt-Teams.

Über Ihre Bewerbung freuen wir uns.

Schicken Sie diese bitte bis zum **1.10.2019** an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der KGSt:

Herrn Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
persönlich
Deutscher Landkreistag
Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstr. 11
10785 Berlin.

Fügen Sie bitte Nachweise über Veröffentlichungen und Vorträge bei.

Die Wahl des neuen Vorstandes wird in der Verwaltungsratssitzung am 21. und 22.10.2019 erfolgen.

Düsseldorf: Grüne-Welle-App für Radfahrer

In Düsseldorf zeigt eine neu entwickelte Smartphone App namens „traffic pilot“ Radfahrern die richtige Geschwindigkeit an, die nötig ist, um in der „Grünen Welle“ zu bleiben. Die App ist das erste praktische Ergebnis eines vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geförderten Forschungsvorhabens namens „KoMoD – Kooperative Mobilität im digitalen Testfeld Düsseldorf“.

25 Monate lang sind auf einer 20 Kilometer langen Teststrecke die verschiedensten neuen Technologien der Fahrzeug-Infrastruktur-Vernetzung sowie des vernetzten und hochautomatisierten Fahrens implementiert und unter Realbedingungen getestet worden. Dazu gehörten auch viele Szenarien, in denen Autos mit der jeweiligen Verkehrsinfrastruktur kommunizierten.

Weitere Informationen können Sie im Internet finden unter www.komod-testfeld.org.

Berlin vernetzt ÖPNV mit Sharing-Mobilitätsangeboten

Die Mobilitätsplattform Jelbi verbindet die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs in Berlin mit zahlreichen Sharing-Anbietern der Stadt. Nutzer brauchen für Routenplanung, Ticketkauf und Abrechnung nur eine einzige App. Jelbi bietet auch analoge Anlaufpunkte: die sogenannten Jelbi-Stationen. Sie bündeln sämtliche Mobilitätsangebote und ermöglichen dem Kunden damit flexibel vor Ort ein Verkehrsmittel auszuwählen und über die Jelbi-App zu buchen. Mit dieser Idee zählt das Bündnis für die vernetzte Mobilität in Berlin zu den zehn Gewinnern des Deutschen Mobilitätspreises 2019, der im November überreicht wird.

Mit dem Deutschen Mobilitätspreis wollen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur intelligente Mobilitätslösungen und digitale Innovationen öffentlich sichtbar machen. Weitere Informationen unter www.deutscher-mobilitätspreis.de.

Fachinformationen

Neues Förderprogramm für städtische Logistik

In vielen deutschen Kommunen steigt mit dem stetig wachsenden E-Commerce auch die Belastung des innerstädtischen Verkehrs durch Lieferverkehre. Darum gilt es, Lieferverkehre stadt- und umweltverträglicher zu gestalten, ohne deren Funktionsfähigkeit einzuschränken. Mit dem neuen Förderprogramm für städtische Logistik will der Bund die Kommunen unterstützen, optimale Rahmenbedingungen für eine effiziente und nachhaltige städtische Logistik zu schaffen.

Ziel des Förderprogramms ist es, die durch städtische Lieferverkehre verursachten Luftschadstoffemissionen (NO_x), Treibhausgasemissionen (CO₂), Feinstaubemissionen (PM) und Lärmemissionen in Kommunen zu reduzieren und/oder den Verkehrsfluss zu verbessern. Weitere Informationen zum Förderprogramm und die Antragsunterlagen finden Sie im Internet unter <https://t1p.de/logistik>.

Deutscher Städtetag übernimmt Jury-Vorsitz beim Umweltzeichen Blauer Engel

Der Leiter des Hagener Umweltamtes, Herr Dr. Ralf-Rainer Braun, ist neuer Vorsitzender der Jury Umweltzeichen Blauer Engel. Er vertritt dort den Deutschen Städtetag. Herr Dr. Braun wurde von Bundesumweltministerin Svenja Schulze in die Jury berufen und vertritt dort die kommunalen Umweltinteressen.

Der Blaue Engel ist seit über 40 Jahren das Umweltzeichen der Bundesregierung. Unabhängig und glaubwürdig setzt er hohe Maßstäbe für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen.

Über 12.000 Produkte und Dienstleistungen von rund 1.500 Unternehmen sind bereits mit dem Blauen Engel ausgezeichnet. Das Umweltsiegel ist für viele Menschen die Orientierung beim nachhaltigen Einkauf zum Schutz von Umwelt und Gesundheit.

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK ÖFFNET TÜREN



Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Deutscher Städtetag



Sportausschuss: Erster Stadtrat **Christian Geiger**, Stadt Braunschweig, ist neuer Vorsitzender des Sportausschusses des Deutschen Städtetages.

Er folgt auf Dr. Herbert Dierker, Abteilungsleiter der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der das Amt seit 2018

bekleidete. Stellvertreter ist Stadtdirektor Burkhard Hintzsche aus Düsseldorf.

Neu im Amt



Ludwigsburg: Neuer Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg wird **Dr. Matthias Knecht** (parteilos). Er tritt sein Amt am 1. September 2019 an und folgt auf Werner Spec (parteilos), der seit 2003 an der Spitze der Stadt steht.



Hessischer Städtetag: Christian Geselle (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Kassel, ist zum neuen Präsidenten des Hessischen Städtetages gewählt worden. Er folgt auf den Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU) aus Frankfurt am Main, der das Amt seit Anfang 2018 inne

hatte. Geselle steht seit 2017 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2017 auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Berlin: Julia Beckel wird ab 1. Oktober 2019 neue Landesgeschäftsführerin des Mitgliedsverbandes Berlin im Deutschen Städtetag. Sie folgt auf Axel Behrens, der das Amt seit 2007 inne hatte und in den Ruhestand geht. Behrens wurde bei der letzten Landesgeschäftsführer-

konferenz des Deutschen Städtetages im Mai 2019 herzlich verabschiedet.

Fotos: Stadt Braunschweig / Daniela Nielsen; Andreas Dalferth; Stadt Kassel, neue formen GmbH; privat.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.



Gemeinsam allem gewachsen.



Gemeinschaft kommt nicht von allein. Gemeinschaft kommt von schaffen. Darum unterstützen wir Sportler, Künstler, Unternehmer vor Ort und all die anderen, die sich für andere stark machen.

Umwelt

Die pestizidfreie Kommune

2. Fachtagung des Umweltbundesamtes und des BUND unter Schirmherrschaft des Deutschen Städtetages
9. bis 10. September 2019 in Dessau-Roßlau

Weitere Informationen unter www.umweltbundesamt.de

Stadtentwicklung

13. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

13. Bundeskongress des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund
18. bis 20. September 2019 in Stuttgart

Weitere Infos unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Digitalisierung

Smart Country Convention 2019

Ausstellung, Networking, Weiterbildungsangebot und Vortragsprogramm zu digitalen Lösungen für Verwaltung und öffentlichen Dienst
22. bis 24. Oktober 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter www.smartcountry.berlin

Demografie

„Kommunen innovativ“ – Neue Wege zu zukunftsfähigen Kommunen

Fachkonferenz 2019 der BMBF-Fördermaßnahme
11. bis 12. September 2019 in Halle

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de